

Senior:innen- politische Leitlinien

Für Teilhabe und Selbstbestimmung





Bildquellen

S. 1: Cherries - stock.adobe.com; S. 2, 13, 49: oneinchpunch - stock.adobe.com; S. 3, 34: Ocskay Mark - stock.adobe.com; S. 3, 44: Blue Planet Studio - stock.adobe.com; S. 4: Henning Scheffen; S. 6: perfectlab - stock.adobe.com; S. 17: SZ-Designs - stock.adobe.com; S. 25: Kara - stock.adobe.com; S. 29: goodluz - stock.adobe.com; S. 39: Halfpoint - stock.adobe.com

Datenquellen

Die Sozialdaten und statistischen Angaben entsprechen dem aktuellen Stand zum Zeitpunkt der Drucklegung

Inhalt

- 4** Vorwort
- 6** Altersarmut in Hamburg
- 13** Nachbarschaften und Sozialraumorientierung im Quartier fördern
- 17** Mehr Sozialwohnungen und barrierefreien Wohnraum bereitstellen
- 25** Mobilität sicher und barrierefrei gestalten
- 29** Gesundheitsvorsorge stärken und Angebote für alle zugänglich machen
- 34** Pflegenotstand beseitigen und Zugang zum Pflegeberuf erleichtern
- 39** Inklusion vorantreiben und Barrieren abbauen
- 44** Digitalisierung sicher und sozial gestalten
- 49** Weiterentwicklung der Senior:innenmitwirkung



Vorwort



Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft und eine gestaltende Kraft in Hamburg. Mit über 24.000 Mitgliedern sind wir der größte und leistungsstärkste Sozialverband in der Stadt. Wir verstehen uns als Sprachrohr für alle benachteiligten Menschen. Deshalb werden wir uns mit unseren Senior:innenpolitischen Leitlinien stärker als bisher einmischen und uns für die Rechte älterer Menschen stark machen. Mehr als 435.000 über 60-Jährige leben in Hamburg, das ist faktisch jede:r Vierte. Hamburg ist eine älter werdende Stadt, so dass diese Zahl und somit der Bevölkerungsanteil insgesamt ansteigen wird.

Wir kämpfen gegen Armut und Ausgrenzung und setzen uns für die gesellschaftliche Teilhabe unserer Senior:innen ein. Das ist eine öffentliche Aufgabe.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell uns eine Katastrophe treffen und wie fragil unser System sein kann. Gleichzeitig haben wir festgestellt, wie leistungsstark unsere Volkswirtschaft ist und wie schnell Mittel bereitgestellt werden können. Auch dieses Ereignis hat noch einmal deutlich gemacht, dass der Sozialstaat bezahlbar und zukunftsfähig ist. Dafür brauchen wir einen von allen wesentlichen Kräften getragenen gesellschaftlichen Grundkonsens. Dies ist aber auch ein Zeichen für die ältere Generation, die zum Teil entbehrungsreich leben musste und nach einem langen Arbeitsleben ein Recht auf eine gute Rente hat.

Maßstab ist für uns die gesicherte Teilhabe an der Gesellschaft. Wir setzen uns ein für eine soziale Ordnung, die Solidarität, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zum Ziel hat. Unsere Senior:innenpolitischen Leitlinien enthalten Forderungen und Positionen, die in die Programmatiken der Parteien einfließen und ihren Niederschlag in Regierungshandeln finden sollen. Längerfristig verbinden wir mit diesen Leitlinien die Absicht, soziales und am Gemeinwohl orientiertes Denken und Handeln für unsere ältere Generation zu beleben, den dafür notwendigen gesellschaftlichen Grundkonsens anzustoßen und zu festigen.

In diesem Sinne versteht sich die Veröffentlichung auch als Diskussionsangebot an die Politik und alle gesellschaftlichen Kräfte.

Ein mitglieder- und finanzstarker Sozialverband SoVD in Hamburg kann mehr erreichen. Deswegen wünschen wir uns, dass noch mehr Menschen den Weg zu uns finden, um die Ziele des SoVD mit uns umzusetzen. Unsere Sozialrechtsberatung und -vertretung steht dabei allen Mitgliedern gleichermaßen offen.



Ihr Klaus Wicher

1. Landesvorsitzender



Altersarmut in Hamburg

Armut bedeutet für ältere Menschen in unserem reichen Land, Ausschluss von Teilhabe und Ausgrenzung aus der Mitte der Gesellschaft. Wir wollen aufzeigen, dass es auch andere, bessere Wege gibt, um unsere Senior:innen gleichberechtigt zu beteiligen.

- 237.200 Sozialleistungsempfänger:innen
- 28.730 Grundsicherungsempfänger:innen im Alter
- 62.613 armutsgefährdete Menschen ab 65 Jahren
- 18,6 Prozent Armutsgefährdungsquote ab 65 Jahren

Alarmierend ist, dass die Armutsgefährdungsquote von 65-Jährigen und älteren Menschen in Hamburg von 2005 bis heute kontinuierlich angestiegen ist. Im Jahr 2019, noch vor der Corona-Pandemie, überstieg diese Quote erstmalig mit 18,1 Prozent die Gesamtquote der armutsgefährdeten Menschen in unserer Hansestadt (17,9 Prozent). In 2020 lag die Quote dann bei 18,6 Prozent für die ältere Generation.

Armutsgefährdungsquote in Hamburg nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen in Prozent gemessen am Landesmedian

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Gesamt	17,6	18,7	18,0	19,0	18,3	18,7	18,4	17,9	18,9
65 Jahre +	13,4	14,1	14,7	15,8	15,3	16,8	15,5	18,1	18,6

Quelle: Gemeinsames Statistikportal von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder

Diese Entwicklung ist ein deutliches Indiz für den Anstieg der Altersarmut in Hamburg. Im September 2021 bezogen 28.730 Senior:innen Grundsicherung im Alter zur Sicherstellung der laufenden Lebensführung. Diese Menschen haben so wenig Rente, dass sie in unserer reichen und teuren Stadt nicht davon leben können. An dieser Stelle muss festgehalten werden, dass sich dieser Trend fortsetzen wird, da sich bisher nichts Grundlegendes in der Rentenpolitik geändert hat.

Grundsicherung (GruSi) im Alter (ab 65 Jahren) und bei voller Erwerbsminderung (unter 65 Jahren) in Hamburg

	Gesamt	weiblich	männlich	... im Alter	... bei voller Erwerbsminderung
2012	33.889	17.966	15.923	20.925	12.964
2013	36.362	19.235	17.127	22.310	14.052
2014	39.023	20.330	18.693	23.273	15.750
2015	40.969	21.262	19.707	24.447	16.522
2016	41.443	21.252	20.191	24.549	16.894
2017	43.016	22.121	20.895	25.540	17.476
2018	44.605	22.815	21.790	26.473	18.132
2019	46.240	23.566	22.674	27.582	18.658
2020	47.135	23.870	23.265	28.115	19.020
2021	48.005	24.345	23.665	28.730	19.275

Quelle: Statistisches Bundesamt

Bei genauerem Hinsehen sind die Renten in Hamburg als eher niedrig zu beschreiben. So haben 53 Prozent aller Rentner:innen eine Rente bis 1.000 Euro, nur 4,3 Prozent verfügen über eine Rente von 2.000 Euro und mehr. Diese Zahlen zeigen das ganze Dilemma für ältere Menschen: Viele können allein von der Rente nicht leben. Wenn ein Teil nicht noch andere Einnahmen oder eine:n Ehepartner:in mit Einkommen hätte, dann wäre die Situation noch viel dramatischer. Dabei sollte die Rente den Lebensstandard im Alter sichern. Aus der nachfolgenden Tabelle kann entnommen werden, dass dies nicht erreicht ist.

Wir alle hoffen, dass die Bundesregierung es durchsetzt, dass die Grundsicherungsbeträge deutlich steigen – und somit ein Weg aus der Armut im Alter führt. Leider sieht es derzeit nicht so aus, dass dies gelingen kann. Daher ist das rot-grün regierte Hamburg gefordert, seine Handlungsmöglichkeiten zur Lösung des Problems einzubringen.

Altersrenten (Nettobetrag vor Steuern) nach SGB VI mit Wohnort in Hamburg

Berichtsjahr	2010		2019	
Rentenzahlbetrag von ... bis unter ... Euro	Anzahl	Anteil in Prozent	Anzahl	Anteil in Prozent
unter 50 - 1000	210.828	65,84	163.312	53,2
1000 - 1200	34.708	10,84	35.415	11,5
1200 - 1400	33.116	10,34	30.844	10,0
1400 - 1600	24.335	7,6	27.251	8,9
1600 - 1800	13.861	4,33	21.610	7,0
1800 - 2000	3.193	1,00	15.561	5,1
2000 und höher	180	0,06	13.121	4,3
Summe	320.221		307.414	

Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Not lindern und Zuschlag auf die Grundsicherung auszahlen

Einen Weg aus dieser Problematik hält der Hamburger Senat selbst in den Händen. Für 28.730 Empfänger:innen von Grundsicherung im Alter könnte das Einkommen angehoben werden, wenn entsprechende Spielräume ausgenutzt würden. Der Vorreiter dafür findet sich in München: Seit Jahren wird dort die Grundsicherung für über 65-Jährige aus Mitteln der Stadtkasse um einen monatlichen Betrag in Höhe von 21 Euro aufgestockt. Den gleichen Weg könnte auch Hamburg gehen.

Sozialsenatorin Dr. Melanie Leonhard teilte auf Nachfrage mit, sie hätte nicht die notwendigen Daten, die zur Ermittlung eines solchen Zuschlags notwendig sind. Wir haben dargelegt, dass es sehr wohl einen anderen Weg mittels einer Verordnung gibt, der im SGB XII vorgezeichnet ist.

Wir fordern, dass der Hamburger Senat einen Zuschlag für Grundsicherungsempfänger:innen im Alter errechnet und schnell auszahlt.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass ohne die Leistungen der Grundsicherung – der Regelsatz liegt seit 01.01.2022 für alleinstehende Erwachsene bei 449 Euro im Monat – noch mehr Rentner:innen nicht auskommen könnten. Insgesamt leben in Hamburg 48.005 Menschen, die ihre Rente mit Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung aufstocken müssen. Viele der über 65-Jährigen können ihren Alltag kaum bestreiten, weil die Lebenshaltungskosten bei uns deutlich höher sind als in den meisten anderen Städten und Kommunen. Zusätzlich erschweren gerade erhebliche Preissteigerungen das Leben. Hilfreich wäre es, wenn Miete und Nebenkosten voll vom Amt übernommen würden.

Bürgerschaft und Senat müssen für den ärmeren Teil der Bevölkerung weitere Angebote machen, um ihnen ein Mindestmaß an Teilhabe zu sichern.

Soziokulturelle Teilhabe sichern und Teilhabekarte einführen

Hamburg ist eine lebenswerte Stadt mit zahlreichen attraktiven Angeboten und Möglichkeiten. Allerdings können Menschen, die arm oder armutsgefährdet sind, am gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben kaum teilhaben oder sind davon gänzlich ausgeschlossen. Selbstverständlichkeiten des Alltags sind für sie unerschwinglich. Vor allem Ältere würden von einer neuen Teilhabekarte stark profitieren.

Ein breit gefächertes städtisches Kulturprogramm, das auch für Senior:innen attraktiv ist, muss ausgebaut, auf Dauer erhalten und finanziell abgesichert sein. Kulturschaffende und Vereine müssen unterstützt werden, um den Ausbau bestehender Programmangebote für die ältere Generation zu fördern.

Jeder Stadtteil sollte möglichst sein eigenes Netzwerk bilden und hier die Menschen im Quartier einbinden. Der Senat wiederum muss die Einrichtung und Gründung solcher Netzwerke und Initiativen unterstützen, um die Senior:innenarbeit weiter voranbringen zu können.

Die Bedürfnisse von älteren Menschen mit Migrationshintergrund müssen behutsam in die Kulturarbeit integriert und maßgeschneiderte Angebote entwickelt werden. Gleichzeitig muss gefördert werden, das Senior:innen an interkulturellen Angeboten teilhaben können.

Wir fordern eine Teilhabekarte, die finanziell Bedürftigen kostenlosen Zugang zu städtischen Kultur-, Freizeit- und Sportangeboten verschafft und die Förderung stadtteilbezogener Kulturarbeit.

Freie Fahrt im ÖPNV ermöglichen und Attraktivität steigern

- 2,6 Mio. Fahrgäste täglich
- 14.486 km Streckenlänge
- 763 Linien
- 4.454 Fahrzeuge
- 10.184 Haltestellen

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die ältere Generation, um sich an der Gesellschaft beteiligen zu können. Deshalb muss die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auch für Menschen ohne oder mit nur geringem eigenen Einkommen bezahlbar sein. Bislang gewährt die Sozialbehörde lediglich einen Preisnachlass auf bestimmte Zeitkarten. Mobilität muss durch die kostenfreie Bereitstellung barrierefreier Beförderungsmöglichkeiten gesichert und an die Bedarfe einer älter werdenden Stadt angepasst werden.

Wir fordern ein Ticket, das Einkommensschwachen bzw. Bedürftigen die kostenfreie Nutzung des ÖPNV ermöglicht.

Die örtliche Verkehrsinfrastruktur muss leistungsfähiger werden, um die Nahmobilität von Senior:innen sicherzustellen. Dies kann zum Beispiel durch nachhaltige Barrierefreiheit und die Sicherung von Querungen geschehen. Linienwege und die Lage von Haltestellen müssen überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Ebenso müssen sie altersgerecht ausgebaut werden durch eine verbesserte Beleuchtung, ausreichend Sitzgelegenheiten oder Informationssysteme mit großer Schrift. Der Ein- und Ausstieg in Busse und Bahnen muss zudem problemlos möglich sein und ihre Taktung den tatsächlichen Bedürfnissen von älteren Menschen angepasst werden.



Nachbarschaften und Sozialraumorientierung im Quartier fördern

Soziale Kontakte und Angebote vor Ort bieten vielfältige Chancen, sozialen Zusammenhalt zu schaffen und aktiv zu leben: Ob Begegnung, Austausch, Unterstützung oder Engagement.

Wir fordern, nachbarschaftliche und soziale Netzwerke im Quartier zu stärken.

Wir fordern die Schaffung von Quartierzentren für eine integrierte Altenhilfe mit hauptamtlich Mitarbeitenden und ergänzendem Ehrenamt.

Entscheidende Voraussetzungen dafür sind neben Räumen und Flächen auch Formen der Mitgestaltung. Zentren für Nachbarschaften und Quartiere müssen flächendeckend in ganz Hamburg entstehen. Die bereits bestehenden Senior:innenzentren brauchen eine moderne Neuaufstellung mit mehr präventiven, beratenden und versorgenden Angeboten. Ebenso müssen digitale Angebote integriert werden. Und auch der Hamburger Hausbesuch oder die Senior:inentreffs müssen Bestandteil dieser Zentren werden, damit sie ihre volle Wirkung entfalten können. Wesentlich ist die aktive Beteiligung der Menschen vor Ort. Zur Koordination und als Ansprechperson sollten ein hauptamtliches Management und hauptamtliche Mitarbeiter:innen nach Münchner Vorbild eingesetzt werden.

Einsamkeit entgegenwirken

Einsamkeit gibt es in allen Altersgruppen. Allerdings besteht bei Älteren über 75 Jahren ein deutlich höheres Risiko, Einsamkeit oder soziale Isolation zu erleben, wenn multiple Problemlagen auftreten. Dazu gehören zum Beispiel Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit, abnehmende körperliche Mobilität, Altersarmut oder auch der Verlust eines geliebten Menschen.

Auch wenn jede:r betroffen sein kann, so lassen sich gleichwohl besonders vulnerable Gruppen identifizieren: Armutsbetroffene, darunter Niedrigeinkommensbeziehende und Langzeitarbeitslose, chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung sowie Hochbetagte oder Pflegebedürftige in Einrichtungen. Diese Benachteiligungen treten häufig gemeinsam auf und verschärfen zugleich die soziale Isolation und Exklusion der Betroffenen.

Was genau Einsamkeit und soziale Isolation auslöst und welche Folgen damit verbunden sind, kann nicht immer klar voneinander getrennt werden. Macht Einsamkeit depressiv? Oder löst eine Depression Einsamkeit aus? Ist die Suchterkrankung die Folge der Einsamkeit oder der Auslöser? Neuere Forschungen weisen darauf hin, dass kritische Lebensereignisse, insbesondere, wenn sie nicht in der „üblichen“ Lebensphase auftreten, wie sehr junge Verwitwung oder sehr späte Scheidung, einen Einfluss auf das Einsamkeitserleben haben. Studien deuten darauf hin, dass die Ausstattung mit daseinsvorsorgender Infrastruktur sowie öffentlichen Gütern und Diensten einen positiven Einfluss auf Einsamkeit, Isolation und Exklusion haben. Beispielsweise besteht eine Korrelation zwischen Einsamkeit und der Entfernung zu Freizeitangeboten oder Parks. Zugleich kann auch die Ländlichkeit einer Region das Empfinden von Isolation verstärken.

Wir fordern den Erhalt und Ausbau kostenfreier sozialer Unterstützungs- und Förderangebote. Investitionen und eine angemessene Personaldecke sind hierfür Voraussetzung. Einsamkeit und auch Erkrankung kann so wirksam vorgebeugt werden.

Soziale Hilfen und Beratung stärken und besser publik machen

Seelische Belastung, Unterstützungsbedarf bei der Haushaltsführung, finanzielle Nöte, Konflikte in der Familie, Ärger mit der Wohnung oder Probleme mit Anträgen und Behörden: Es gibt viele Anlässe, sich externe Hilfe zu suchen. Vor allem diejenigen, die wenig Mittel zur Verfügung haben, sind auf entsprechende Unterstützungsangebote der Stadt angewiesen. Dazu sind regelmäßige Informationen und Hinweise auf Angebote und Einrichtungen genauso unerlässlich wie die gute Erreichbarkeit vor Ort.

Bildungsräume ausbauen

Einrichtungen der Erwachsenenbildung müssen unterstützt und gleichzeitig die bestehenden Netzwerke ausgebaut, wie auch vermehrt Angebote für ältere Menschen entwickelt werden. Der Senat kann diese Arbeit fördern, indem er zum Beispiel die hierfür notwendigen Räume zur Verfügung stellt.

Ehrenamt stärken

Ehrenamtliches Engagement älterer Menschen muss noch stärker als bisher durch Förderung und Unterstützung öffentliche Wertschätzung erfahren. Die Übernahme von Selbstverantwortung für das Gemeinwohl und die Komplexität im Ehrenamt erfordern allerdings hauptamtliche Unterstützung. Neue Formen der Bürger:innenbeteiligung, insbesondere an Entscheidungsprozessen sind anzustreben, um mehr aktive und mündige Teilhabe der Bürger:innen zu erreichen.



**Mehr Sozialwohnungen und
barrierefreien Wohnraum
bereitstellen**

- 976.709 Wohnungen in Hamburg
- 80.096 davon sind Sozialwohnungen
- 10.007 genehmigte Wohneinheiten
- 11.269 fertiggestellte Wohneinheiten

Wir fordern den
Neubau von jährlich
mindestens 5.000
barrierefreien Sozial-
wohnungen im
ersten Förderweg.

Die zunehmende Wohnungsnot hat sich zu einem der
brisantesten sozialen Probleme in Hamburg entwickelt. Es
fehlt dringend an bezahlbarem Wohnraum, besonders bei
den Sozialwohnungen ist der Mangel immens. Der soziale
Wohnungsbau muss Priorität für den Senat haben und vor
allem durch städtische und genossenschaftliche Träger:in-
nen energisch weiterverfolgt werden. Denn die Gesamtzahl
der geförderten Wohnungen wird seit Jahrzehnten kleiner.

Mit nur 1.895 fertiggestellten geförderten Wohnungen hat der
Senat dieses Ziel 2021 trotz seiner Initiativen zur Schaffung
von Wohnraum deutlich verfehlt. Nur ein kräftiger Schub beim
Neubau von Sozialwohnungen kann den Trend aufhalten,
dass mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfal-
len als hinzukommen. Ökologisches Bauen ist dabei zu beför-
dern und Klimaneutralität in den Quartieren anzustreben.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass städtische Grundstücke und
Wohnungen nicht mehr verkauft werden sollen. Auf diesen
Flächen müssen überwiegend Sozialwohnungen entstehen.
Dabei ist auf eine gute soziale Mischung in den Stadtteilen
zu achten. Auch Wohnungsunternehmen und Unternehmen,
an denen die Stadt Mehrheitsbeteiligungen hält, sollten sich
am Bau von Sozialwohnungen beteiligen.

Zusätzlich zum Neubau ist es dringend erforderlich, dass das
Instrument der Mietpreisbremse erfolgreich eingesetzt wird.
Der Mietenspiegel zeigt nicht das wahre Ausmaß der Miet-

entwicklung. Dieses wichtige Instrument muss unter Beteiligung der Mietervereine grundlegend erneuert werden.

Initiativen zum schnellen Bebauen von privaten Grundstücken begrüßen wir. Dabei muss allerdings sichergestellt werden, dass übergeordnete und stadtplanerische Ziele weiterverfolgt werden können. Die Beachtung des Klimaschutzes ist dabei unabdingbar. Ziel muss sein, dass Quartiere klimaneutral werden.

Der Bebauung der Magistralen muss angesichts zunehmender Verdichtung, Bodenversiegelung und wegfallenden Grüns Grenzen gesetzt werden. Dies gilt insbesondere dort, wo sich das Stadtbild bisher historisch und kulturell anders entwickelt hat. Um die geplanten Wohnungsbaukontingente zu erreichen, ist die Einbeziehung der Bezirke zu verändern: Nicht ein Bezirk muss ein bestimmtes Kontingent erreichen, sondern alle zusammen. Auch in bevorzugten Wohngebieten muss es möglich sein, verstärkt Sozialwohnungen zu bauen. Die Bebauung darf nicht an den Stadtgrenzen enden.

Wer der älteren Generation ein langes Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen will, muss deutlich mehr altersgerechte Wohnungen bereitstellen. Denn in der Mehrheit werden Senior:inneneinrichtungen abgelehnt. Alternativen, wie etwa Mehrgenerationenhäuser, sollten besonders gefördert werden.

Wir fordern keinen weiteren Verkauf städtischer Grundstücke und Wohnungen sowie eine neue Verteilung der Wohnungsbaulasten. Ebenfalls sind verbesserte Maßnahmen der Mietpreisbremse zu ergreifen und der Mietenspiegel zu überarbeiten.

Wir fordern senior:innengerechten, bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum in den Quartieren und mehr Alternativen zum herkömmlichen Wohnen.

Wohngeld erhöhen und Einkommensgrenzen anpassen

Mit Wohngeld als Miet- oder Lastenzuschuss werden einkommensschwache Hamburger:innen bei ihren Wohnkosten unterstützt.

Wir fordern, das Wohngeld und die Einkommensgrenzen dauerhaft anzuheben, damit mehr Menschen Ansprüche geltend machen können.

Ziel ist es, dass sich die Mieter:innen in der Stadt, trotz hoher und steigender Kosten, Wohnraum leisten können. Bei gleichzeitig wachsenden Preisen für Energie und den allgemeinen Bedarf ist hier eine grundlegende Erhöhung notwendig. Einmalzahlungen können kurzfristig helfen, auf Dauer stellen sie aber keine Lösung dar.

Bezirkliche Dienstleistungen und Nahversorgung sichern und ausbauen

- 30 Einkaufszentren und Passagen
- 7 Bezirksämter mit 19 Kund:innenzentren
- 49 städtisch/bezirklich geförderte Bürger:innenhäuser, Stadtteil(kultur)zentren und selbstverwaltete, öffentliche Räume
- 90 Senior:innentreffs u.ä. Einrichtungen

Für Bürger:innen, die eine Behörde aufsuchen müssen, gibt es die bezirklichen Kund:innenzentren. Sie haben sich bewährt und werden wegen der kurzen Wege geschätzt. Diverse Anträge können mittlerweile auch online gestellt werden. Das ist aber vor allem für ältere Menschen immer noch eine Herausforderung. Sie brauchen nach wie vor den direkten Kontakt, weil sie teils nicht über die technischen Mittel und Kenntnisse verfügen, um ihre Anliegen online zu erledigen.

Wir fordern Ämter und Behörden, die ihre Dienste digital, aber auch verlässlich vor Ort anbieten.

Kund:innenzentren dürfen nicht geschlossen werden, sonst werden die Wege weit und die Wartezeiten lang. Gerade für die ältere Generation, bewegungseingeschränkte Personen

und Menschen mit Behinderung kann dies eine erhebliche Belastung bedeuten. Eine bürger:innenfreundliche Verwaltung muss auch bei fortschreitender Digitalisierung nah an den Menschen bleiben. Dies gilt insbesondere für die Grundsicherungsämter und Eingliederungshilfe. Schließungen solcher für Menschen mit kleinem Geldbeutel wichtigen Versorgungseinrichtungen, wenn auch nur vorübergehend, müssen in jedem Fall verhindert werden.

Zu einem dichten Netz von Kund:innenzentren gehört zusätzlich auch ein mobiler Service. Angebote der Nahversorgung und der sozialen Versorgung, wie Post, Einkaufsmöglichkeiten, Kulturangebote, Cafés, Beratung oder kostenfreie Einkaufshilfen sind bei allen städtebaulichen Planungen zu berücksichtigen. Mindestens mobile Lösungen, aber auch Teilzeitlösungen sollten von privaten Anbieter:innen eingefordert werden (zum Beispiel Banken und Sparkassen).

Die Innenstadt und zentrale Plätze in den Bezirken müssen für Senior:innen als attraktive Orte der Begegnung gestärkt und erhalten werden. Cafés, Restaurants sowie Außenmöblierungen und Grünanlagen sollen zum Verweilen einladen. Damit Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung vermehrt ergriffen werden, sollte die Verwaltung auch Geschäftsleute entsprechend ermuntern und unterstützen.

Wir fordern, die Nahversorgung vor Ort in den Stadtteilen zu erhalten. Der Senat muss initiativ werden, wenn sich hier größere Lücken auftun.

Soziale Einrichtungen verlässlich fördern und integrierte Stadtteilentwicklung forcieren

Die Haushaltspolitik des Senats führt zu Lücken in der

Wir fordern verlässliche, finanziell gesicherte Bedingungen für soziale Einrichtungen.

sozialen Balance in der Stadt. Der Quartiersfonds der Bürgerschaft hat in vielen Fällen geholfen, schwere Schäden in der sozialen Infrastruktur zumindest vorübergehend zu verhindern. Weitere Friktionen sind jedoch absehbar. Den sozialen und kulturellen Einrichtungen in den Stadtteilen ist mit einem Not-Etat, wie dem Quartiersfonds, langfristig nicht geholfen.

Wir fordern, die integrierte soziale Stadtteilentwicklung in allen Bezirken auszubauen und die Finanzierung verlässlich zu sichern.

Zu einer guten Stadtteilentwicklung gehört auch der vollständige Tarifausgleich in der Bezahlung der Mitarbeitenden. Anders könnte es dazu führen, dass die Personalausstattung gefährdet ist. Die bisherige, zeitlich befristete Finanzierung von Projekten fördert prekäre Beschäftigung, die abgeschafft werden muss. Die Einrichtungen und deren Beschäftigte brauchen vielmehr eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung. Bürger:innentreffs, Community-Center und Stadteilkulturzentren wie auch die Geschichtswerkstätten sind in den Stadtteilen unverzichtbar. Initiativen zur Ausweitung und Neugründung dürfen nicht entmutigt werden, sondern brauchen Beistand und Unterstützung durch Verwaltung und Politik. Erforderlich ist eine Mischung aus Bürger:innentreffs, Beratungs- und Bildungsangeboten, Freizeitgestaltung und Zentren mit privaten Angeboten.

Grünflächen erhalten und neue, öffentliche Freiräume in den Quartieren schaffen

- 124 Parks und Parkanlagen
- 6423 ha Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche
- 4001 ha Wald
- 6157 ha Gewässer

Die Bezirke stellen Bebauungspläne auf und sind für die Gestaltung und Pflege öffentlicher Freiräume, Grün- und Spielflächen verantwortlich. Sie entscheiden nicht nur über Veränderungen in der Stadtentwicklung, sondern auch über die Möglichkeiten der Bürger:innen, solche Flächen im Alltag zu nutzen. Die Lebensqualität in den Stadtteilen darf sich nicht allein am bezahlbaren Wohnraum orientieren.

Grünflächen und Schulhöfe sind keine Reserveflächen für den Wohnungsbau. Unversiegeltes Grün, Baumflächen und Parks haben Erholungswert, verbessern Luft- und Kleinklima und sind unverzichtbare Begegnungsorte – besonders für Menschen, die sich keinen Urlaub leisten können. Sport und Freizeitaktivitäten können sich vor Ort entwickeln, wovon Familien, aber auch arme, alte, behinderte und bewegungseingeschränkte Menschen profitieren. Insofern ist ökologische Politik zugleich auch Sozialpolitik.

Ebenso darf die geplante Verdichtung entlang der Hamburger Magistralen nicht zu einem völlig veränderten Stadtbild ohne Grün und Bäume, dafür mit schluchtenähnlicher und betonierter Bebauung, führen.

Wir fordern eine soziale, ökologische Politik vor Ort, die auch auf die Entfaltung und Erholung im Grünen setzt.

In diesem Zusammenhang empfehlen wir, die Versäulung von Maßnahmen aufzuheben, so dass eine komplexe Stadtentwicklung besser mit der sozialen und ökologischen Entwicklung verbunden werden kann.



**Mobilität sicher und
barrierefrei gestalten**

- 650.087 Private PKW
- 58.201 Straßenverkehrsunfälle
- 6.600 Unfälle mit Personenschaden
- 15 Getötete Personen
- 7.984 Verletzte Personen

Auf Straßen, Fuß- und Radwegen darf nicht das Recht des Stärkeren gelten. Geh- und Radwege müssen instandgesetzt, zuverlässig geräumt und besser beleuchtet werden. Für Ältere und Menschen mit Behinderung ist das Überqueren von Straßen mit Fahrrad- und Autoverkehr eine große Herausforderung. Deshalb sollten beispielsweise mehr bedarfsorientierte und mobile Ampeln sowie Sprunginseln installiert werden, um mehr Sicherheit zu garantieren. Denn immer wieder verunglücken Menschen im Straßenverkehr. Neue Mobilitätsangebote wie E-Roller stellen auch eine permanente Gefahr für bewegungseingeschenkte und sehbehinderte oder blinde Menschen dar. Hier bedarf es geordneter Regeln sowie feste Abstellplätze. Der Verkehrssenator ist aufgefordert, schnell und entschlossen zu handeln.

Wir fordern, Fußgänger:innen wieder mehr Aufmerksamkeit und Priorität einzuräumen.

Vor allem für Senior:innen können Stürze auf den teils maroden Gehwegen oder durch Hindernisse, wie beispielsweise E-Roller, durchaus schwerwiegende Folgen haben. Besonders gefährlich wird es bei Schneefall, wenn nasses Laub auf den Wegen liegt und Räumpflichten unklar sind, wie zum Beispiel auf Brücken, die oft nicht umfänglich oder rechtzeitig geräumt werden. Hier braucht es mehr regelmäßige Kontrollen durch bezirkliche Wegewarte. Der Online-Wegewart kann an dieser Stelle eine gute Ergänzung sein, ein echter Ersatz ist er aber nicht. Nicht länger akzeptabel ist auch die mancherorts mangelhafte Beleuchtung der Gehwege.

Zukunftsfähiges, alltagstaugliches Mobilitätsangebot schaffen

Mobilität ist eine maßgebliche Voraussetzung für soziale Teilhabe. Wachsende Bevölkerungszahlen und Pendler:innenströme, Neubau und Verdichtung von Wohngebieten, Ansiedlung von Gewerbe und Industrie sowie klimaneutrale Fortbewegung – diese Faktoren sollten bei der Planung von Mobilitätsangeboten berücksichtigt werden. Ebenso darf künftig niemand auf der Strecke bleiben: Mobile Rufangebote, wie Anruf-Sammel-Taxi (AST), RufBus, Anruf-Sammel-Mobil (ASM), ioki und Moia, müssen barrierefrei und auch analog bereitgestellt werden.

Wir fordern ein zukunftsfähiges, alltagstaugliches und ökologisch tragfähiges Mobilitätsangebot für Hamburg.

ÖPNV sozial gestalten und für alle zugänglich machen

Ohne ÖPNV sind die meisten Menschen in der Stadt nur eingeschränkt mobil. Der Hamburger Senat und die Bürgerschaft müssen deshalb jetzt die richtigen Bedingungen für einen sozialen ÖPNV schaffen: Dazu zählen günstige Fahrpreise genauso wie der kostenfreie Sozialtarif ohne Einschränkungen für finanziell bedürftige Menschen aller Altersgruppen. Auch der barrierefreie Ausbau sowie Großinvestitionen zum Linienausbau gehören dazu. Das Busbeschleunigungsprogramm sollte weiter modifiziert werden. Haltestellen müssen sich dort befinden, wo sie erforderlich sind und mit Regenschutz sowie Sitzbank ausgestattet sein.

Priorität hat für uns der Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs. Das bestehende Liniennetz muss durch fußläufige Erreichbarkeit der Haltestellen verbessert sowie durch

Wir fordern eine Stärkung des ÖPNV, der für alle erreichbar und bezahlbar sein muss.

den Streckenausbau und die Anbindung der Stadtteile, die bisher noch ohne Schnellbahnanschluss sind, erweitert werden. Zubringer-Taxisysteme sollten weiterentwickelt und für alle erreichbar und nutzbar sein – auch ohne dass man dafür Internetkompetenz haben muss. Barrierefreie Ruftaxis und Rufbusse sowie Abholdienste zum ÖPNV-Preis würden nicht nur Menschen mit Behinderung oder Einschränkungen wesentliche Erleichterungen bringen.

Öffentliche Toiletten besser zugänglich und nutzbar machen

Wir fordern mehr öffentliche, barrierefreie und gut ausgeschilderte Toiletten für Hamburg.

Zum öffentlichen Raum gehören auch erreichbare öffentliche Toiletten. Sie müssen durch sichtbare Ausschilderungen besser auffindbar sein. Ihre Öffnungszeiten sollten sich am Einzelhandel, an der Gastronomie sowie am Freizeitverhalten und an Urlaubszeiten orientieren. Abend- und Nachtöffnungen sind durch entsprechende Zugangssysteme sicherzustellen. Die Toiletten sollten so gepflegt werden, dass ihr hygienischer Zustand jederzeit einwandfrei ist. Zu Großveranstaltungen im öffentlichen Raum, wie beispielsweise zum Hafengeburtstag oder zu Konzerten, sollte es selbstverständlich sein, dass ausreichend barrierefreie Toiletten mit entsprechender Ausschilderung vorhanden und nutzbar sind.



Gesundheitsvorsorge stärken und Angebote für alle zugänglich machen

Eine gute medizinische Versorgung ist ein echter Pluspunkt für die Lebensqualität älterer Menschen in unserer Stadt. Deshalb sollte es Ziel sein, gesundheitsfördernde und gesundheitserhaltende Lebensverhältnisse für alle zu schaffen und die Ursachen gesundheitlicher Ungleichheit zu bekämpfen.

- 5.001 niedergelassene Ärzt:innen
- 1.263 Allgemeinärzt:innen
- 1.721 Zahnärzt:innen
- 389 Apotheken

Obwohl Alter nicht ausschließlich eine Phase gesundheitlichen Abbaus ist, treten bestimmte Erkrankungen, Multimorbidität und Pflegebedürftigkeit in späteren Lebensjahren häufiger auf. Wir wissen, dass die Gesundheit im höheren Lebensalter durch die Lebenslage und den Lebensstil beeinflusst wird. Es gibt Faktoren der Gesunderhaltung, die von jedem Einzelnen beeinflusst werden können, die aber auch von den öffentlichen Angeboten und den Lebensumständen abhängen. Dazu gehören:

- Verhaltens- und Lebensweisen, also Ernährung und Bewegung sowie Risikominimierung (wie der verantwortungsvolle Umgang mit Genussmitteln)
- Sozioökonomische Bedingungen und Lebensumstände (wie das Einkommen)
- Genetische Dispositionen, physische Faktoren und Umweltbedingungen
- ausreichende körperliche Aktivität, ausgewogene Ernährung und Vermeidung von Übergewicht

Sportvereine sollen vermehrt ermutigt werden, senior:innengerechte Sportangebote zu entwickeln. Die Stadt kommuniziert und unterstützt diese Angebote finanziell.

Für ältere Menschen mit kleinem Geldbeutel sowie weitere Personengruppen (zum Beispiel Obdachlose) ist die öffentliche Trinkwasserversorgung für die Gesunderhaltung notwendig. Es müssen nicht, wie in Wien, rund 1.000 Trinkwasserstellen

sein – mehrere Zapfsäulen auf öffentlichen Plätzen in jedem Stadtteil wären schon eine ganz gute Versorgung. Diese müssen so gewartet werden, dass eine Trinkwassernutzung jederzeit möglich ist.

Eine soziale und nachhaltige Gesundheitspolitik muss gesellschaftliche Phänomene wie Armut und Diskriminierung, aber auch ökologische Einflüsse anerkennen und aufgreifen.

Insbesondere dezentrale Angebote (wie von der Stadt betriebene oder gelenkte Polikliniken) sind vermehrt einzurichten und auszustatten. In bestimmten Bereichen können sie eine Ergänzung zur stationären Versorgung in Krankenhäusern sein (zum Beispiel die Notfallversorgung). In Ergänzung sind auch mobile Angebote denkbar.

Wir fordern, die Gesundheitskompetenz der Menschen zu stärken und gesundheitsfördernde, präventive (auch Beratungs-)Angebote auszubauen. Wasserzapfsäulen auf öffentlichen Plätzen sind unverzichtbar.

Ungleichverteilung der medizinischen Versorgung auflösen

In Hamburg sind niedergelassene Ärzt:innen in den Bezirken und Stadtteilen unregelmäßig verteilt. Das ungleiche medizinische Versorgungsangebot und damit die Benachteiligung der Menschen vor Ort geht einher mit der sozialen Lage in diesen unterversorgten Stadtteilen: unterdurchschnittliche Einkommen, überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, hohe Kinder- und Altersarmut. Dies wirkt sich unstrittig negativ auf den Gesundheitszustand der Betroffenen aus.

Bestehende Ungleichgewichte in der medizinischen Versorgung müssen durch sozialräumliche Planung und Steuerung beseitigt werden. Dazu sollten die politischen Einflussmöglichkeiten im Rahmen der Hamburger Landeskongress

Wir fordern den Aufbau von interdisziplinären, städtisch gesteuerten Gesundheitszentren in Stadtteilen mit niedrigem Sozialindex, eine medizinische Erstversorgung aus einer Hand und das Gegensteuern bei Ungleichgewichten.

Versorgung genutzt werden. Bürgerschaft und Senat müssen sich sowohl bei bestehenden Ungleichgewichten als auch bei der Ausbildung von ärztlichem Personal und in die Niederlassungspraxis einmischen. Der zunehmenden Privatisierung von ärztliche Praxen ist mit geeigneten Mitteln entgegenzuwirken.

Qualität der Krankenhäuser stärken und Kliniken re-kommunalisieren

Krankenhäuser haben die Aufgabe, eine hochwertige medizinische Versorgung sicherzustellen. Sie haben gerade für die ältere Bevölkerung eine wichtige Bedeutung. Aktuell stehen die Kliniken durch die fortschreitende Ambulantisierung stationärer Leistungen (zum Beispiel bei der Notfallversorgung) sowie Mindestmengen und steigende medizinische Qualitätsanforderungen, vor großen Herausforderungen.

Hinzu kommt der Fachkräftemangel, insbesondere im pflegerischen und ärztlichen Dienst. Wenn die Krankenhäuser weiterhin erfolgreich und profitabel arbeiten wollen, müssen sie ihre Profile schärfen und optimieren sowie neue Zielgruppen für die Gesundheits- und Pflegeberufe ansprechen (zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund). Die Ausbildung ist durch Attraktivitätssteigerungen (wie zusätzliche freie Tage, bessere Pausenregelungen und ein angemessenes Verhältnis zwischen Patienten:innen und Pfleger:innen) zu verbessern. Zusätzlich muss eine Stufen- ausbildung etabliert werden, die einen leichteren Einstieg und einen höherwertigen Abschluss möglich macht.

Wir fordern, die Qualität der Versorgung durch höhere Investitionen in Krankenhäuser und die Ausbildung von Fachkräften zu steigern.

Gesundheit ist eine öffentlichwe Daseinsvorsorge und

gehört in die öffentliche Hand – zumindest in öffentliche Verantwortung. Ein Krankenhaus sollte sich nicht in erster Linie rechnen müssen, sondern für die Gesundheit der Menschen zuständig sein. Nicht der Profit, sondern der Beitrag der Krankenhäuser zur Daseinsvorsorge sollte im Vordergrund stehen.

Wir fordern eine Re-Kommunalisierung der Krankenhäuser und den Ausbau altengerechter Versorgungsangebote.

Gesundheitsämter besser ausstatten und Funktionsfähigkeit gewährleisten

Angesichts der Tatsache, dass es immer wieder zu Infektionsgeschehen kommt, brauchen die Gesundheitsämter stärkere Unterstützung. Vor allem die personelle Ausstattung, von der Behördenspitze hin zu Sachbearbeiter:innen muss geprüft und aufgestockt werden. Die Digitalisierung und mehr öffentlich zugängliche Netze sind voranzutreiben. Denn wenn dieser Bereich nicht ausreichend funktionstüchtig ist, kann dies zu erheblichen Einschränkungen für das Alltagsleben, aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs führen.

Wir fordern eine dauerhaft bessere Ausstattung der Gesundheitsämter, damit sie ihrem (Regel-)Auftrag auch in außergewöhnlichen Krisenzeiten gerecht werden können.



**Pflegenotstand beseitigen
und Zugang zum Pflege-
beruf erleichtern**

Die Lebenserwartung der Menschen steigt – wir werden immer älter. Damit geht einher, dass mehr Menschen auf Pflege angewiesen sind. Um diesen Bedarf zu decken, ist es zwingend erforderlich, die Unterbesetzung mit Pflegekräften in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen schnellstmöglich zu beseitigen.

Dazu müssen deutlich mehr Ausbildungsplätze für Pflegeberufe geschaffen werden. Die Ausbildung muss attraktiver werden (beispielsweise durch zusätzliche freie Tage und eine Stufenausbildung). Auch die Arbeitsbedingungen und Löhne in der ambulanten und stationären Pflege müssen angepasst werden. Weiterhin sollte der Zugang von qualifizierten ausländischen Arbeitnehmenden erleichtert werden. Das bedeutet, nicht in Deutschland erworbene Qualifikationen verstärkt anzuerkennen sowie fehlende Kenntnisse und Fähigkeiten, auch berufsbegleitend, nachzuschulen. Der Hamburger Senat sollte sich zudem vermehrt als Betreiber von Pflegeeinrichtungen engagieren.

Wir fordern, den Pflegenotstand zu bekämpfen und den Zugang zum Pflegeberuf zu erleichtern.

Würdevolle Pflege sichern und Wohn-Pflege-Aufsicht mit erforderlichen Ressourcen ausstatten

Pflegebedürftige Menschen sind auf kompetente Betreuung und Unterstützung angewiesen, um würdevoll leben zu können. Die bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht trägt an dieser Stelle eine große Verantwortung für die Qualität der Pflege. Sie soll nicht nur Menschen mit Pflegebedarf beraten, sondern auch die Betreiber:innen von Einrichtungen bei der Erfüllung der Anforderungen des Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes (HmbWBG) unterstützen.

Wir fordern die Sicherstellung würdevoller Pflege und Betreuung für alle.

Misstände vor Ort werden leider regelmäßig zu spät entdeckt. Erforderliche Kontrollen von Wohn-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen oder ambulanten Pflegediensten und die Prüfung der Qualität der angebotenen Leistungen werden nicht ausreichend wahrgenommen. Die Arbeit der Wohn-Pflege-Aufsicht sollte durch eine permanente Evaluierung begleitet werden, mit dem Ziel, die Leistungen weiter zu verbessern.

Zur Sicherstellung einer würdevollen Pflege ist die Wohn-Pflege-Aufsicht mit den entsprechenden personellen Ressourcen auszustatten und auskömmlich zu finanzieren. Wir erkennen an, dass der Senat hier Schritte unternommen hat, um die Kontrolle und Weiterentwicklung von stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen zu verbessern.

Die Regelprüfungen der stationären und ambulanten Einrichtungen liegen seit Jahresbeginn 2019 in den Händen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung Nord (MDK). Gleichzeitig bleibt die Wohn-Pflege-Aufsicht in der Verantwortung, denn sie muss Misstände feststellen, ihre Beseitigung sicherstellen und den Einrichtungen bei ihrer Weiterentwicklung helfen. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Gewalt an Pflegebedürftigen gelegt werden. Solche Auswüchse müssen durch geeignete Maßnahmen und Kontrolle verhindert werden.

Wir fordern konsequente Kontrollen von Pflegeeinrichtungen durch die Wohn-Pflege-Aufsicht, entsprechend dem HmbWBG, und eine aktive Öffentlichkeitsarbeit.

Hier ist zu prüfen, ob die dafür geplante Koordinierungsstelle im Bezirk Altona das geeignete Instrument ist, um unter anderem die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur:innen zu gewährleisten und zu verbessern. In jedem Fall muss sichergestellt werden, dass die Wohn-Pflege-Aufsicht ihren Aufgaben nachkommen kann. Ob die getroffenen Maßnahmen die erhoffte Wirkung erzielen, sollte noch 2022 von externen Fachleuten überprüft und ein entsprechender Bericht öffentlich gemacht werden.

Die bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht benötigt zudem eine aktive Öffentlichkeitsarbeit, damit Angehörige und Betroffene besser darüber informiert sind, wo sie Missstände melden können.

Pflegebedürftige und ihre Familien finanziell nicht im Stich lassen

Pflege ist teuer: Immer seltener reicht die eigene Rente aus, um die Leistungslücke der Pflegeversicherung zu schließen. Alte Menschen landen wegen der Pflegekosten zunehmend in der Grundsicherung. Eine Ursache ist: Die Hamburger Bürgerschaft hat bereits 2010 die einkommensabhängige Einzelfallförderung aus dem Landespflegegesetz gestrichen.

Wir fordern die Wiedereinführung einer einkommensabhängigen Einzelfallförderung.

Pflegestatistik in Hamburg: Empfänger:innen von Pflegeleistungen

	ausschließlich Bezug von Pflegegeld	betreut von Pflege-/Betreuungsdiensten (ambulante Pflege)	stationär in Pflegeheimen
2009	17.860	13.801	14.948
2011	18.821	13.513	15.699
2013	20.473	15.648	16.694
2015	23.180	17.011	17.520
2017	27.841	18.950	17.794
2019	34.591	22.402	18.123

Quelle: Pflegestatistik Hamburg 2019, Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Hospiz- und Palliativversorgung ausbauen und würdevolles Sterben ermöglichen

Wir fordern, die Hospiz- und Palliativversorgung sicherzustellen und auszuweiten.

Die Palliativ- und Hospizarbeit leistet einen immens wichtigen Beitrag dazu, dass Menschen in Würde sterben können. Deshalb muss die Palliativversorgung durch Fachkräfte in allen stationären Einrichtungen Hamburgs sichergestellt werden. Zusätzlich fordern wir eine bessere Aufklärung der hausärztlichen Praxen im Hinblick auf die spezialisierte ambulante Palliativversorgung. Es müssen weiterhin mehr stationäre Hospizplätze eingerichtet werden. Jede neue Einrichtung sollte zudem bei Bedarf Unterstützung durch Zuschüsse erhalten.



Inklusion vorantreiben und Barrieren abbauen

Menschen sind nicht behindert, Menschen
werden behindert!

Wir fordern, Menschen mit Behinderung als gleichberechtigte, selbstbestimmte Personen zu behandeln und ihnen gesellschaftliche Teilhabe ohne Barrieren in allen Bereichen zu ermöglichen.

Wir fordern, dass der Grundsatz „Nichts über uns – ohne uns!“ auf allen Ebenen gilt und für dessen Einhaltung gesorgt wird.

Ob körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigungen: immer noch werden Betroffene von Nichtbehinderten als anders empfunden. Nicht selten dominiert die jeweilige Einschränkung die Wahrnehmung von außen. Vieles hat sich schon gebessert, dennoch stoßen Menschen mit Behinderung im Alltag schnell an Grenzen. Rollstuhlfahrer:innen beispielsweise scheitern beim Einsteigen in Busse oder Bahnen, wenn es keine Einstiegshilfen gibt, der Aufzug außer Betrieb ist oder sie von anderen übersehen werden. Auch der Zutritt zu Banken oder fachärztlichen Praxen bleibt ihnen verwehrt, wenn Räume nicht barrierefrei zugänglich sind.

Der Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist auf einem guten Weg. Dieser muss fortgesetzt werden. Dazu gehört auch die bessere Ausschilderung von barrierefreien, öffentlichen Toiletten. Barrieren abzubauen sollte zudem in der Privatwirtschaft und auch im persönlichen Umfeld zu einer Selbstverständlichkeit werden. Der Senat muss sich hier stärker engagieren.

Kommunikation muss grundsätzlich barrierefrei sein: Es muss in allen Bereichen des öffentlichen Lebens selbstverständlich sein, Inhalte in einfacher oder leichter Sprache zur Verfügung zu stellen und bei Bedarf Gebärdensprache oder Schriftübersetzung anzubieten. Die öffentliche Hand sollte hier finanziell unterstützen.

Wir fordern barrierefreie Zugänge zu Dienstleistungen, Produkten, Gebäuden, Medien, Kommunikation und Veranstaltungen. Inklusion sollte ein Miteinander sein. Wir setzen uns dafür ein, gemeinsam mit allen eine inklusive Gesellschaft zu schaffen. Dazu gehört auch, dass Menschen mit Behinderung ihre Interessen eigenverantwortlich wahrnehmen und selbst vertreten.

Uneingeschränkte Teilnahme an Wahlen ermöglichen

Das individuelle Wahlrecht ausüben zu können, ist in einer Demokratie ein politisches Grundrecht. Auch für Ältere und Menschen mit Behinderung muss dies zu jeder Zeit ohne Hürden möglich sein. Doch beim Gang an die Wahlurne stehen sie immer noch vor zahllosen Hindernissen. Sei es, dass ein Wahllokal nicht barrierefrei zugänglich ist, sei es, dass Wahlinformationen und -unterlagen nicht lesbar oder missverständlich gestaltet sind.

Wir fordern Barrierefreiheit für alle Hamburger Wahllokale, -verfahren und -materialien. Echte Demokratie wird nur gelebt, wenn alle die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen.

Diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung schaffen

Zahlreiche Praxen niedergelassener Ärzt:innen oder Therapeut:innen sind baulich und technisch nicht barrierefrei. Sie sind für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen nicht problemlos zugänglich. In nur wenigen Praxen und Krankenhäusern findet sich geschultes Personal, das über Kompetenzen im Umgang mit Menschen mit Behinderung verfügt. In Studium, Aus-, Fort- und Weiterbildung der meisten Gesundheitsberufe werden keine ausreichenden Fachkenntnisse zum Umgang mit ihnen vermittelt, etwa in Bezug auf geistige und schwere motorische Einschränkungen, Mehrfachbehinderungen oder auch Pflegebedürftigkeit.

Bestehende Informations- und Kommunikationsbarrieren müssen abgebaut und Praxen behindertengerecht eingerichtet werden. Die Hamburger Ärzt:innenkammer und Krankenkassen sollten an der Umsetzung beteiligt sein.

Wir fordern die Sicherstellung der medizinischen Versorgung und einen diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung für Menschen mit Behinderung.

Beschäftigte in den Bereichen Gesundheit und Medizin müssen im Umgang, der Versorgung, Pflege und Behandlung von Menschen mit Behinderung besser ausgebildet und geschult werden. Für Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen und Mehrfachbehinderungen sollten medizinische Zentren eingerichtet werden – ähnlich dem Medizinischen Zentrum für erwachsene Menschen mit Behinderung (MZEB) am Evangelischen Krankenhaus Alsterdorf.

Selbstbestimmtes Wohnen fördern und neue Wohnformen entwickeln

Viele Menschen mit Behinderung lebten bis in die 1970er-Jahre vor allem in Wohnheimen. Heute können sie auch in Mehrgenerationenhäusern, Wohngruppen oder Wohngemeinschaften leben. Durch ambulante Hilfen und unterstützende Assistenz können viele von ihnen zudem alleine, in Partnerschaft oder mit der Familie leben. Trotzdem gibt es immer noch einige, die nicht so wohnen, wie sie es gerne wollen.

Wir fordern, dass selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Behinderung verstärkt gefördert wird.

Besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderung sollten weiterentwickelt sowie nach Möglichkeit und Bedarf in Wohnformen mit ambulanter Betreuung umgewandelt werden. Aufgrund des persönlichen Anspruchs auf Assistenz- und Hilfeleistungen darf niemand aus Kostengründen dazu gezwungen sein, in speziellen Einrichtungen leben zu müssen. Deshalb gilt es, mehr Wohnungen barrierefrei zu bauen oder umzubauen. Die Vermittlung in barrierefreien Wohnraum muss zudem intensiv unterstützt werden.

Bundesteilhabegesetz umsetzen und Eingliederungshilfe stärken

Mit Einführung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) sind Menschen mit Behinderung nicht mehr Objekt von Verwaltungsentscheidungen. Vielmehr sind sie bei der Bedarfsermittlung und der Feststellung des bestehenden Anspruchs auf Eingliederungshilfe Partner:innen auf Augenhöhe. Das entsprechende Amt im Bezirksamt Wandsbek muss dafür personell und strukturell gestärkt werden. Die Zahl der Mitarbeitenden mit entsprechenden Qualifikationen ist schnell und deutlich zu erhöhen. Das EDV-System ist gängig zu machen, die Abläufe zu optimieren.

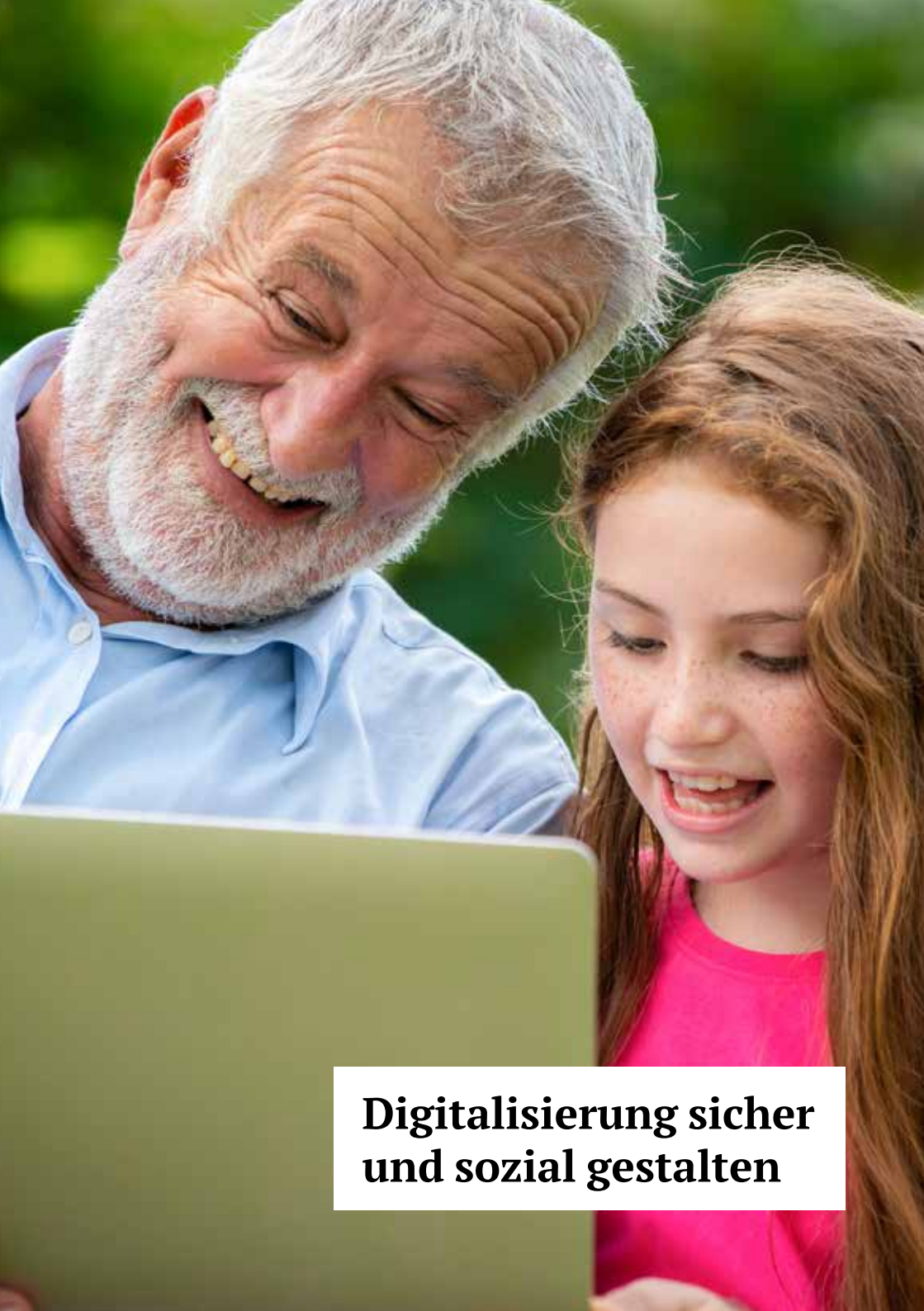
Bei Fragen zum persönlichen Budget müssen sich Menschen mit Behinderung unabhängig beraten lassen können. Zusätzlich sollte die Inanspruchnahme des persönlichen Budgets an sich gefördert werden.

Wir fordern, dass die Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe stärker personenzentriert erfolgt. Die personelle und sachliche Ausstattung muss den Erfordernissen entsprechen.

Angebote der ambulanten Sozialpsychiatrie an steigenden Bedarf anpassen

Die Ambulante Sozialpsychiatrie ist ein Angebot für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Beeinträchtigungen, die Unterstützung bei der Bewältigung seelischer und psychologischer Krisen benötigen. Sie bietet Hilfen zur selbstständigen Alltagsgestaltung und Entwicklung persönlicher Perspektiven. Für Betroffene ist die Unterstützung vor Ort ganz entscheidend. Stationäre und ambulante Formen der Sozialpsychiatrie sollten dazu miteinander verzahnt werden.

Wir fordern, Angebote der ambulanten Sozialpsychiatrie zu erhalten und verstärkt auszubauen.



**Digitalisierung sicher
und sozial gestalten**

Die Digitalisierung findet als technischer Veränderungsprozess statt und hat zu einem weitreichenden Strukturwandel geführt. Heute ist die Digitalisierung ein fester Bestandteil unseres Alltags. Sie wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus und beeinflusst, wie wir leben, arbeiten und miteinander interagieren. Aber sie überfordert viele auch durch rasante Veränderungen, überbordende Informationsflut, steigende Komplexität von Prozessen sowie eine Vielzahl an neuen Impulsen. Sie eröffnet neue Chancen, birgt aber auch Risiken und weckt Ängste.

Wir fordern, Digitalisierung als allumfassenden Struktur- und Lebenswandel sozial zu gestalten und notwendige Ressourcen bereitzustellen.

Künstliche Intelligenz, Algorithmen und selbstfahrende Autos sind neue Technologien und Entwicklungen im Zuge der Digitalisierung. Ihre Komplexität überfordert viele Menschen und macht ihnen Angst, abgehängt zu werden. Sie befürchten die totale Überwachung, fühlen sich einsam, ausgeschlossen und entmündigt. Auf der anderen Seite sind diejenigen, die neuen Technologien grundsätzlich positiv gegenüberstehen, weil sie das Leben angenehmer und einfacher machen. Für sie ist die Digitalisierung Versprechen und Hoffnung zugleich – auf bessere Gesundheit, mehr Teilhabe und Unterstützung, mehr Möglichkeiten und Freiheiten.

Wir fordern, dass Digitalisierung für alle zugänglich und erschwinglich ist.

Niemand darf, weil das Verständnis oder das Geld fehlt, um technisch Schritt zu halten, von der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Zwar kann Digitalisierung Barrieren abbauen, Zugänge öffnen und Gleichberechtigung fördern. Gleichzeitig können aber auch neue Ungerechtigkeiten entstehen. Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, dass alle in der Gesellschaft die Möglichkeit haben, sich über das Internet und die neuen Medien zu informieren.

Wir fordern kostenlose Ladestationen und WLAN-Hotspots in allen Stadtteilen und Pflegeeinrichtungen.

In vielen Pflegeeinrichtungen sind die Möglichkeiten zur Nutzung von digitalen Medien für die Bewohner:innen nicht

Wir fordern den höchstmöglichen Schutz von Daten und Persönlichkeitsrechten.

vorhanden oder nur begrenzt verfügbar. Um in Kontakt zu bleiben, sich zu informieren und Teilhabeoptionen zu haben, müssen aber entsprechende Voraussetzungen geschaffen und technische Geräte zur Verfügung gestellt werden.

Digitalisierung muss immer dort kontrolliert und reguliert werden, wo sie die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, die Rechte und Freiheiten der Menschen einschränkt, riskiert oder verletzt. Dazu zählen die Verpflichtung zur Manipulationsfreiheit, das garantierte Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die individuelle Datensouveränität.

Digitale Vernetzung und analoges Miteinander gewährleisten

Ob Social Media, Virtual Reality oder Messenger-Apps: die Digitalisierung bietet zahllose Möglichkeiten zu Kontakt, Austausch und Vernetzung.

Wir fordern, neben der digitalen Vernetzung das analoge Miteinander gleichberechtigt zu fördern.

Aktuell erleben wir völlig neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und zwischenmenschlichen Interagierens. Digital wird die Distanz zwischen den Menschen immer kürzer, das Gegenüber ist nur wenige Klicks entfernt. Sich auszutauschen wird immer einfacher.

Während der Corona-Pandemie haben viele Menschen erlebt, dass digitale Veranstaltungen, Online-Konferenzen und die Arbeit im Homeoffice ganz neue Möglichkeiten schaffen – und nicht nur das Miteinander, sondern auch das Leben erleichtern.

Öffentliche Verwaltung digital und vor Ort anbieten

Hamburger Behörden, Bezirke und Landesbetriebe bieten zahlreiche Verwaltungsdienste inzwischen digital an. Viele einfache Anträge können online und ohne den Gang zum Amt gestellt werden. Dies erleichtert den Kontakt mit den Einrichtungen der Stadt. Gleichzeitig sind zahlreiche Menschen auf die öffentlichen Dienstleistungen vor Ort angewiesen, weil ihnen die technischen Kenntnisse und die finanziellen Möglichkeiten fehlen, um ihre Amtsgeschäfte online zu erledigen. Auch ist der persönliche Kontakt oftmals notwendig, wenn Menschen Rat und Unterstützung suchen.

Wir fordern Behörden und Ämter auf, die ihre Dienste digital und verlässlich vor Ort anbieten.

Digitale Gesundheitstechnik zum Wohle der Menschen einsetzen

In Praxen und Kliniken gehört es immer noch zum Alltag, Informationen über Patient:innen auf Papier festzuhalten und auszutauschen. Die Digitalisierung im Gesundheitsbereich könnte dafür sorgen, dass Informationen bei den behandelten Personen, dem ärztlichen Personal, Pflegekräften oder Therapeut:innen schneller ankommen und verwendet werden können. Vorreiter sind hier elektronische Akten, Gesundheits-Apps und die Sprechstunde per Video. Sie sorgen dafür, dass Menschen schneller und wirksamer geholfen werden kann.

Wir fordern die Nutzung von digitalen Technologien mit hohen Datenschutzstandards im Gesundheitsbereich.

Digitale Technologien sollten zu einem selbstverständlichen Teil der Gesundheitsversorgung werden. Allerdings muss sichergestellt sein, dass Informationen von Patient:innen nicht in die falschen Hände gelangen oder nicht autorisierte

Wir fordern einen verantwortungsvollen und diskriminierungsfreien Einsatz digitaler Gesundheitstechnologien.

Unternehmen die Daten nutzen, um das Verhalten von Menschen zu bewerten und gar zu steuern. Auf keinen Fall darf es Diskriminierungen geben.

Für viele Menschen sind Ärzt:innen wichtige Bezugsperson. Ihre zentrale Aufgabe ist es, Gesundheit zu erhalten, Krankheiten vorzubeugen und zu heilen. Ebenso wichtig ist es aber auch, die Menschen, die sich in Behandlung begeben, gut und richtig zu informieren und zu betreuen. Hierfür muss weiterhin die persönliche Sprechstunde Standard sein.



**Weiterentwicklung der
Senior:innenmitwirkung**

Aufbau der Hamburger Senior:innenvertretungen

- 1 Landes-Senior:innenbeirat (LSB)
Sieben Vertreter:innen der Bezirks-Senior:innenbeiräte, sechs berufene überbezirklich aktive Mitglieder und zwei Senior:innen mit Migrationshintergrund
- 7 Bezirks-Senior:innenbeiräte (BSB)
Elf gewählte Delegierte, bis zu acht berufene Mitglieder und zwei Senior:innen mit Migrationshintergrund
- 7 Senior:innendelegiertenversammlungen in den Bezirken
- Gruppen (wie Senior:innen- oder Nachbarschaftstreffs), Organisationen (wie Bürger:innenvereine oder Sozialverbände) und Einzelpersonen (die von mindestens 20 Senior:innen unterstützt werden)

In vielen Bereichen hat sich das Hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetz (HmbSenMitwG) bewährt und zu einem Instrument der Einflussnahme entwickelt. Dennoch müssen Schwächen aufgedeckt und verbessert werden.

Die Bezirkssenior:innenbeiräte brauchen mehr Einflussmöglichkeiten durch eigene Mitarbeiter:innen, einen ausreichenden Etat und Antragsrechte in den bezirklichen Gremien. Große Senior:innenorganisationen in der Stadt sollten Pflichtplätze zumindest im Landes-Senior:innenbeirat erhalten, ohne das Gremium majorisieren zu können. Dies könnte die Mitwirkungsrechte stärken und dazu führen, dass wesentliche Positionen aus den Institutionen in die Arbeit des Gremiums einfließen würden.

Damit Sie auch in Zukunft lächeln

Wir schützen Sie vor den Folgen sozialer Härte!

Ob Rentenlücke, Pflegefall, Krankheit, Behinderung, Arbeitslosigkeit oder Grundsicherung: Als Mitglied des SoVD Hamburg beraten und vertreten wir Sie rund um alle Fragen und Probleme im Sozialrecht.

Jetzt Mitglied werden:

www.sovd-hh.de



IMMER IN IHRER NÄHE

An sieben Standorten persönlich für Sie vor Ort:

Barmbek

SoVD-Beratungszentrum
Landesgeschäftsstelle
Pestalozzistr. 38

Harburg

SoVD-Beratungszentrum
Winsener Str. 13

Lurup

SoVD-Beratungszentrum
Luruper Hauptstr. 149

Uhlenhorst

SoVD-Beratungszentrum
Mundsburger Damm 42



Bergedorf

SoVD-Beratungsbüro im
DGB Gewerkschaftszentrum
Serrahnstraße 1

Farmsen

SoVD-Beratungsbüro im
BFW Berufsförderungswerk
Marie-Bautz-Weg 11

Langenhorn

SoVD-Beratungsbüro im
Bürgerhaus Langenhorn
Tangstedter Landstr. 41

Für weiterführende Informationen rufen Sie uns an: **040 / 611 60 70**
oder schreiben Sie uns eine E-Mail: info@sov-d-hh.de

Impressum

Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)

Landesverband Hamburg

Pestalozzistraße 38

22305 Hamburg

TeL. 040 611607-0

Fax 040 611607-50

info@sovd-hh.de

www.sovd-hh.de

Als gemeinnütziger, parteipolitisch und konfessionell neutraler Verband finanzieren wir unseren sozialen Auftrag unabhängig von Interessen Dritter – seit über 100 Jahren.